



Die Erwartungen der Bevölkerung und Wirtschaft an den Staat im digitalen Zeitalter

Claudine Esseiva, Grossrätin Kanton Bern, Mitglied der staatspolitischen Kommission, Vorstandsmitglied Smart City Bern

Bern, 8. Mai 2024

Staatliche Digitalisierung: Hürden und Erwartungen



Veraltete Technologien

Viele staatliche Einrichtungen nutzen noch veraltete Software und Hardware, was die digitale Transformation erschwert.



Komplexe Bürokratie

Die komplexen bürokratischen Strukturen und Prozesse erschweren eine schnelle und effiziente Digitalisierung. Das Silodenken hilft nicht.



Digitale Kompetenzen in den Babyschuhen

Vielen Menschen in staatlichen Behörden (Parlament, Regierung und Verwaltung) fehlt es an digitalen Fähigkeiten und Weiterbildungsmöglichkeiten. Das Milizsystem erschwert dies zusätzlich.



Sicherheitsbedenken

Datenschutz- und Sicherheitsbedenken bremsen die Einführung digitaler Lösungen in sensiblen Bereichen. Es darf kein Fehler passieren.

Um den Rückstand aufzuholen, müssen staatliche Institutionen in moderne Technologien, Weiterbildung, Prozessoptimierung und Sicherheitskonzepte investieren.



WEG FREI FÜR KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Schlüsselakteure

Verwaltung

Verantwortlich für die konkrete Umsetzung und Bereitstellung digitaler Dienste sowie die fachliche Expertise aus den jeweiligen Fachbereichen.

Regierung

Setzt die strategische Richtung und schafft den regulatorischen Rahmen für die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung.

Parlament

Verabschiedet die notwendigen Gesetze und kontrolliert die Regierung bei der Umsetzung der digitalen Agenda.

Bürger und Unternehmen

Als Endnutzer digitaler Verwaltungsdienstleistungen sind ihre Bedürfnisse und Vertrauen entscheidend für eine erfolgreiche Digitalisierung.

IT-Dienstleister

Liefern technische Expertise und Lösungen, um die digitale Transformation der Verwaltung umzusetzen.



Welche Rolle hat das
Parlament?

Um was kümmern wir uns als Parlamentarier:innen



Base4Kids

Bildungsplattform in der Stadt Bern

Wie ein Projekt nicht geführt werden sollte...



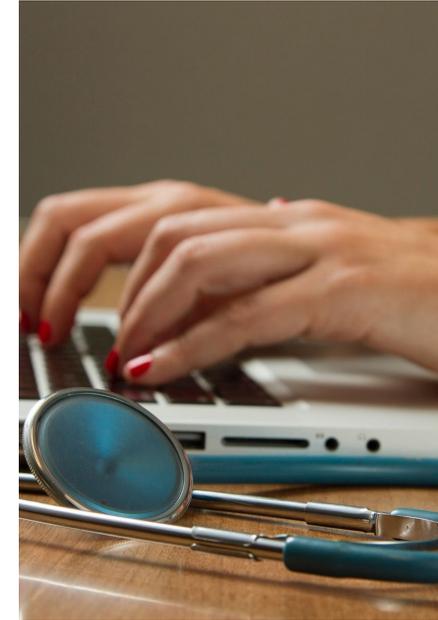
Digitales Archiv

Digitales Archiv im Kanton Bern



Cybersecurity

Es gibt eine nationale Verordnung, doch niemand weiss, wie diese kantonal umgesetzt werden soll.



Patientendossier

Wie bringen wir die Bevölkerung dazu, hier mitzumachen? Bei Gesundheitsdaten ist das Vertrauen besonders wichtig.



E-Voting

Grosse Skepsis, gerade in der politischen Welt. Barrierefreiheit, Zugang der älteren Bevölkerung, Wahlbetrug, Cyberangriffe, etc.



Strategie Digitale Verwaltung des Kantons Bern

Die sieben Handlungsschwerpunkte

- Digitale Dienstleistungen
- Rechtsgrundlagen
- Zentrale Lösungen
- Steuerung und Governance
- Sensibilisierung und Kompetenz
- Sicherheit, Sichtbarkeit und Transparenz
- Information und Kommunikation

**Strategie Digitale Verwaltung des
Kantons Bern**

**Vision, strategische Ziele und
Governance**

Informations- und Cybersicherheit

Gesetzgebung in Arbeit



Verfassung

Gesetz

Verordnung

Mit der Digitalisierung der Verwaltung wird die Informations- und Cybersicherheit immer wichtiger, um die zunehmenden Angriffe von Cyberkriminellen auf Verwaltungssysteme abzuwehren. Im August 2023 überwies der Regierungsrat dem Grossen Rat daher den Entwurf eines Gesetzes über Informations- und Cybersicherheit (ICSG). Zu seinen Neuerungen gehören Regeln zum Risikomanagement, zur Klassifizierung von Informationen und ICT-Mitteln sowie für die Personensicherheitsprüfung (PSP). Darüber hinaus erfüllt es die Anforderungen des Bundesgesetzes vom 18. Dezember 2020 über die Informationssicherheit beim Bund (Informationssicherheitsgesetz, ISG) für die Zusammenarbeit mit dem Bund.

Für die Gemeinden und andere autonome Träger öffentlicher Aufgaben im Kanton gilt das ICSG nur, soweit sie klassifizierte Informationen des Kantons oder des Bundes bearbeiten oder ihre ICT-Mittel nutzen.





Was brauchen wir damit es

gelingt?

Einflussfaktoren auf Akzeptanz



Historisch gewachsene Verwaltungsprozesse

Bestehende bürokratische
Abläufe wirken oft als
Hindernis für digitale
Transformation.



Benutzer:innenerfahrung

Intuitive und
benutzerfreundliche
Schnittstellen erhöhen die
Akzeptanz digitaler Lösungen.



Risiko bei IT-Projekten

Bedenken bezüglich Kosten,
Zeitplänen und
Erfolgsaussichten hemmen
Digitalisierungsvorhaben.



Datenschutzbedenken

Sorgen über den Umgang mit
sensiblen Daten führen zu
Vorbehalten gegenüber
digitalen Systemen.

Vertrauensbildende Massnahmen wie der Community-Aufbau bei der E-ID sind entscheidend, um diese Faktoren zu adressieren und die Akzeptanz digitaler Verwaltung zu fördern.

Lösungsansätze

- **Prozessoptimierung & Kundenorientierung**

Überprüfung und Verbesserung interner Abläufe zur Steigerung der Effizienz und Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Bürger für einen benutzerfreundlichen Service.

- **Transparenz und Vertrauensbildung**

Offene Kommunikation über Entscheidungsprozesse und Datenschutzmaßnahmen, um Vertrauen in die digitale Verwaltung zu schaffen und die Akzeptanz zu erhöhen.

- **Agile Projektmethoden**

Flexible und iterative Vorgehensweisen in der Softwareentwicklung, um schnell auf Änderungen reagieren und kontinuierlich Verbesserungen einbringen zu können.

- **Klare Datenschutzrichtlinien**

Festlegung eindeutiger Regeln und Prozesse zum Schutz personenbezogener Daten, um die Privatsphäre der Bürger zu wahren und gesetzliche Anforderungen zu erfüllen.

Herausforderungen für die Zukunft



Sicherheitsrisiken

Zunahme von Cyber-Bedrohungen und Datenschutzverletzungen aufgrund der steigenden Digitalisierung



Fachkräftemangel

Mangel an qualifizierten IT-Fachkräften, um digitale Transformationsprozesse umzusetzen und zu betreuen



Finanzierung

Hohe Investitionskosten für die Modernisierung der IT-Infrastruktur und laufende Ausgaben für Wartung und Schulungen



Interkulturelle Unterschiede

Unterschiedliche digitale Reife und Akzeptanz in verschiedenen Regionen und Bevölkerungsgruppen

Die erfolgreiche Digitalisierung der Verwaltung erfordert eine proaktive Planung und Bewältigung dieser Herausforderungen.

Ukraine: KI-Sprecherin informiert über Arbeit des Außenministeriums | AFP

